

Stiftung soll Grundrechte schützen

Leutheusser-Schnarrenberger bemängelt Justizpraxis in Ermittlungsverfahren

Feldafing - Der Staatsanwaltschaft auf die Finger schauen will die Feldafinger Ex-Justizministerin und FDP-Bundestagsabgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als Beirätin der neu gegründete Stiftung "ProJustitia". Sie sehe in Ermittlungsverfahren "das Gleichgewicht zwischen Staatsanwaltschaft und Beschuldigten nicht mehr gewährleistet", sagt Schnarrenberger auf Nachfrage der SZ zur Begründung ihres Engagements. In der Justizpraxis seien Grundrechte oft nicht mehr ausreichend geschützt: Eingriffe wie Hausdurchsuchungen und Telefonüberwachungen müssten schärfer kontrolliert werden. Als Beispiel nennt sie den "richterlichen Vorbehalt": In der

Praxis würden in drei von vier Fällen vorgefertigte Beschlüsse der Staatsanwaltschaft vom Richter ohne weitere Überprüfung unterzeichnet. Wegen des hohen Arbeitspensums hätten Richter "kaum eine Chance, eine Entscheidung zu treffen, wenn es um Grundrechte geht", bemängelt Schnarrenberger. Ziel der Stiftung sei es aber nicht, in laufenden Verfahren Rechtshilfe zu leisten, sondern Defizite in abgeschlossenen Fällen zu ermitteln, sie im Beirat zu bewerten und schließlich der Politik oder Verwaltung Lösungsansätze aufzuzeigen. Dazu arbeite "ProJustitia" mit Rechtstatsachenforscher Professor Otto Backes zusammen, der bereits 150 Fälle gesammelt habe, sagt Schnarrenberger.

Als Geldgeber der Stiftung fungiert der Unternehmer Dietmar Hopp, der selbst zu Unrecht Opfer von Hausdurchsuchungen wurde. Vorsitzender ist der Rechtsanwalt Alexander Keller, im Beirat sitzen auch der ehemalige Bundesverfassungsrichter Ernst Gottfried Mahrenholz und der SZ-Ressortleiter für Innenpolitik, Heribert Prantl.

arm